

Stand: 27.12.2025 08:21:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1436

"Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1436 vom 02.04.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/2011 des WI vom 10.04.2014
4. Beschluss des Plenums 17/2233 vom 04.06.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume, Jürgen W. Heike, Dr. Gerhard Hopp, Bernhard Seidenath, Wolfgang Fackler und Fraktion (CSU)**

Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich klar zur wehrtechnischen Industrie im Luft- und Raumfahrtbereich und den damit verbundenen Arbeitsplätzen in Bayern.

Der Landtag begrüßt den bisherigen Einsatz der Staatsregierung seit Bekanntwerden der Umstrukturierungspläne bei Airbus, der darauf ausgerichtet ist, den angekündigten Stellenabbau zu minimieren und wichtige Kompetenzen der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern zu erhalten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Stellenabbau von Airbus Defence and Space an den bayerischen Standorten sowie die Schließung des Standorts in Unterschleißheim tatsächlich sozialverträglich geschieht und keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen;
2. darzustellen, wie die Airbus-Standorte in Bayern gestärkt werden können. Zur mittel- und langfristigen Sicherstellung der Systemfähigkeit und damit verbundenen Arbeitsplätze in Bayern ist es dringend erforderlich, bei der Bundesregierung und auf Europäischer Ebene unbemanntes Fliegen zu fördern;
3. sich dafür einzusetzen, dass die Aktivitäten wie am Ludwig Bölkow Campus in Ottobrunn weiterhin unterstützt werden und somit die Standorte Ottobrunn und Manching gestärkt werden;

4. aufzuzeigen, wie langfristig die Kompetenzen der Luftfahrtindustrie, insbesondere die Systemfähigkeit, in Bayern erhalten und gestärkt werden können und wie Bayern vom prognostizierten globalen Umsatzwachstum der Luftfahrtindustrie profitieren kann;
5. sich dafür einzusetzen, dass der Radarbereich von Airbus Defence and Space in Unterschleißheim nach Ottobrunn verlagert wird, um insbesondere auch die Kompetenz beim System COBRA – Counter Battery Radar (Artillerieortungsradar) in Bayern zu erhalten.

Begründung:

Die Luft- und Raumfahrt steht vor einer sprunghaften Umsatzsteigerung in den nächsten 20 Jahren. So wird beispielsweise der Markt für (zivile) Luftfahrtssysteme – Expertenmeinungen zu Folge – bis zum Jahr 2030 auf das Doppelte des aktuellen Volumens anwachsen.

Hingegen sinkt das Auftragsvolumen der öffentlichen Hand im militärischen Bereich im genannten Zeitraum. Übergreifend betrachtet ergibt sich jedoch immer noch ein außerordentliches Marktwachstum.

Die Herausforderung für die bayerische Luft- und Raumfahrtindustrie ist, an diesem Wachstum zu partizipieren und im Vergleich zum nationalen und internationalen Wettbewerbsumfeld ihre Marktanteile zu halten und dafür den mit der Globalisierung einhergehenden Strukturwandel zu bewältigen. Dabei ist oftmals staatliches Handeln notwendig, damit die notwendige Anpassung der Industriestrukturen schnellstmöglich erfolgen kann und dabei dafür Sorge getragen wird, dass es zu keinen sozialen Verwerfungen kommt.

Das Thema unbemanntes Fliegen wird in den kommenden Jahren erheblich an Bedeutung vor allem im zivilen Bereich gewinnen. Frachtflugzeuge könnten automatisiert fliegen.

Verhältnismäßigkeit und Chancengleichheit sind es auch, was Sie in Ihrem Antrag fordern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dann fordern Sie, dass endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden muss.

Liebe Frau Karl, nichts anderes fordert Herr Vaatz. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben wir gemeinsam, CDU, CSU und SPD, vereinbart – ich zitiere auch da :-:

Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.

Der Ball liegt aber nicht im Spielfeld der Bayerischen Staatsregierung – das wissen Sie -, sondern in dem der Bundesarbeitsministerin, Frau Nahles. Sie gehört Ihrer Partei an, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dieser Hinweis muss auch in dieser Debatte erlaubt sein. Fakt ist: Die Bundesministerin hat den Auftrag, hier die notwendigen Prüfungen und Gespräche durchzuführen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Dem Vernehmen nach verzögert sich dieser jedoch unter anderem wegen schwieriger verfassungsrechtlicher Fragestellungen.

Wie Sie wissen, ist auch die Haltung unter den Gewerkschaften nicht einheitlich. So hat der Vorsitzende von "ver.di", Herr Bsirske, erst am 31. März eine gesetzliche Regelung abgelehnt.

Die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ist klar, meine Damen und Herren. Wir stehen für Gewerkschaftspluralität und Koalitionsfreiheit, die Verhältnismäßigkeit und Chancengerechtigkeit wahrt. Um ein verfassungskonformes Vorgehen zu gewährleisten, sind drei Punkte unverzichtbar:

Erstens. Wir brauchen eine enge Einbindung aller betroffener Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. In diesem Rahmen sind auch die bisherigen Erfahrungen in der Praxis mit der Rechtsprechungsänderung zu berücksichtigen.

Zweitens. Wir müssen die Balance zwischen allen betroffenen Interessen und Positionen wahren.

Drittens. Es darf zu keiner Verdrängung von Berufsgruppen- und Spartengewerkschaften kommen. Ihre Rechte aus Artikel 9 des Grundgesetzes müssen gewahrt bleiben.

In diesem Sinn wird sich die Bayerische Staatsregierung in den Gesetzgebungsprozess einbringen, so wie es auch der Dringlichkeitsantrag der CSU treffend formuliert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung steht für eine ausgewogene und verfassungskonforme Regelung der Tarifeinheit. Lassen Sie uns deshalb weiter gemeinsam an einem Strang ziehen. Der Antrag kann damit als erledigt gelten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: (nicht autorisiert) Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, und zwar rufe ich zunächst den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1433 auf. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wir bleiben bei fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.05 bis 16.10 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen jetzt unsere Abstimmung. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich bitte einen Moment um Geduld. Wir haben jetzt noch eine namentliche Abstimmung und dann noch einen Antrag. Danach ist es für heute schon geschafft. Ich rufe jetzt für die namentliche Abstimmung die Drucksache 17/1468 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – auf. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird wieder außerhalb ausgezählt.

Inzwischen darf ich bekannt geben, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt von der Fraktion der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

Bevor ich aber diesen Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich zunächst noch Abstimmungsergebnisse bekannt geben, zunächst einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion

(FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern". Das ist die Drucksache 17/1434, zunächst zur Nummer 1. Mit Ja haben gestimmt 29, mit Nein haben gestimmt 86, und 33 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 1 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern", Drucksache 17/1434, Nummer 2. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 84. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 2 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1435 bis 1439, 1441 und 1469 bis 1471 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Damit komme ich zum letzten Tagesordnungspunkt für heute.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Drs. 17/261)

Als erste Rednerin darf ich Frau Kollegin Stamm ans Rednerpult bitten.

Claudia Stamm (GRÜNE): (nicht autorisiert) (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Kolleginnen! Im Juli 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht: In der Hinterbliebenenversorgung muss der Dienstherr die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Ehe gleich behandeln. In dem Urteil heißt es: Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zusatzversichert sind, ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar. Weiterhin heißt es: Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer Lebensformen einher – ich kürze ab -, rechtfertigt der bloße Verweis auf

das Schutzgebot der Ehe eine solche Differenzierung nicht.

Im August 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass das Amtsgericht Schweinfurt unrecht hatte, als es davon ausging, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft verfassungswidrig sei. Diese Vorschrift betrifft Adoptionsverfahren, bei denen eine Partnerin einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft das leibliche Kind der anderen Partnerin als Kind annehmen möchte. Das Gericht hatte dies für verfassungswidrig gehalten, weil Eltern immer ein Mann und eine Frau sein müssten. Auch das wurde vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Im Juli 2010 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass Lebenspartnerschaft und Ehe bei der Erbschafts- und Schenkungsteuer gleich zu behandeln sind. Im Juni 2012 ergehen zum beamtenrechtlichen Familienzuschlag das gleiche Urteil und die gleiche Beurteilung wie bei der Hinterbliebenenversorgung im Jahr 2009.

Ich könnte so weitermachen, also ein Bundesverfassungsgerichtsurteil nach dem anderen aufzählen. Das war nur ein Ausschnitt dessen, was die Politik wie die Richter in Karlsruhe nach und nach jedes Mal beschäftigt, wobei das Gericht die Politik eigentlich jedes Mal abwatscht; anders kann man das nicht nennen.

Eigentlich ist das eine Reihe von Peinlichkeiten. Dabei könnte es so einfach sein, die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen. Zur Anpassung der Lebenspartnerschaft an die Ehe muss der Gesetzgeber noch 150 Vorschriften in 60 Gesetzen und Verordnungen anpassen. Die Ehe für alle zu öffnen, wäre ein großer Schritt in Sachen Gerechtigkeit. Das Stückwerk muss ein Ende haben, statt immer wieder neue Gesetze anzupassen. Machen Sie es doch den Schwulen und Lesben, uns, den Richterinnen und Richtern leichter! Machen Sie es vor allem, liebe CSU, den Schwulen und Lesben in Ihren Reihen leichter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gewürge von SPD und Union um jeden einzelnen Paragrafen muss ein Ende haben. Es ist für uns Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft unwürdig, so zu handeln. Die Politik und nicht Karlsruhe sollte hier das Heft des Handelns in der Hand haben. Stimmen Sie unserem Antrag zu, öffnen Sie die Ehe, und dann ist es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume u.a. und Fraktion (CSU)

Drs. 17/1436

Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Landtag bekennt sich klar zur wehrtechnischen Industrie im Luft -und Raumfahrtbereich und den damit verbundenen Arbeitsplätzen in Bayern.

Der Landtag begrüßt den bisherigen Einsatz der Staatsregierung seit Bekanntwerden der Umstrukturierungspläne bei Airbus, der darauf ausgerichtet ist, den angekündigten Stellenabbau zu minimieren und wichtige Kompetenzen der Luft -und Raumfahrtindustrie in Bayern zu erhalten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Stellenabbau von Airbus Defence and Space an den bayerischen Standorten sowie die Schließung des Standorts in Unterschleißheim tatsächlich sozialverträglich geschieht und keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen;
2. darzustellen, wie die Airbus-Standorte in Bayern gestärkt werden können;
3. darauf hinzuwirken, dass auch für die nicht zur Airbus Group gehörenden Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern weiterhin positive Rahmenbedingungen bestehen; diese -teilweise mittelständischen- Unternehmen, die über hervorragende Technologien und Fähigkeiten verfügen und in den letzten Jahren für Wachstum in dieser Bran-

che gesorgt haben, gilt es, zu begleiten und politisch zu unterstützen.

4. sich dafür einzusetzen, dass die Aktivitäten wie am Ludwig Bölkow Campus in Ottobrunn weiterhin unterstützt werden und somit die Standorte Ottobrunn und Manching gestärkt werden;
5. aufzuzeigen und auf Grundlage der bayerischen Luftfahrtstrategie zu berichten, wie langfristig die Kompetenzen der Luftfahrtindustrie, insbesondere die Systemfähigkeit, in Bayern erhalten und gestärkt werden können und wie Bayern vom prognostizierten globalen Umsatzwachstum der Luftfahrtindustrie profitieren kann; Zur mittel -und langfristigen Sicherstellung der Systemfähigkeit und damit verbundenen Arbeitsplätze in Bayern ist es insbesondere erforderlich, bei der Bundesregierung und auf Europäischer Ebene das unbemannte Fliegen stärker zu fördern.
6. sich dafür einzusetzen, dass der Radargericht von Airbus Defence and Space in Unterschleißheim nach Ottobrunn verlagert wird, um insbesondere auch die Kompetenz beim System COBRA – Counter Battery Radar (Artillerieortungsradar) in Bayern zu erhalten.
7. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Kompetenzen beim Bau von Trägern für den Raumtransport, die in den letzten 25 Jahren im Ariane Programm unter Beteiligung bayerischer Unternehmen entstanden sind, für die Zukunft erhalten und weiterentwickelt werden. Bei der ESA Ministerkonferenz im Dezember dieses Jahres stehen wesentliche Entscheidungen über die Weiterentwicklung der europäischen Ariane-Programme an.“

Berichterstatter:

Mitberichterstatterin:

Markus Blume

Annette Karl

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 11. Sitzung am 10. April 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume, Jürgen W. Heike, Dr. Gerhard Hopp, Bernhard Seidenath, Wolfgang Fackler und Fraktion (CSU)

Drs. 17/1436, 17/2011

Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärken

Der Landtag bekennt sich klar zur wehrtechnischen Industrie im Luft -und Raumfahrtbereich und den damit verbundenen Arbeitsplätzen in Bayern.

Der Landtag begrüßt den bisherigen Einsatz der Staatsregierung seit Bekanntwerden der Umstrukturierungspläne bei Airbus, der darauf ausgerichtet ist, den angekündigten Stellenabbau zu minimieren und wichtige Kompetenzen der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern zu erhalten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Stellenabbau von Airbus Defence and Space an den bayerischen Standorten sowie die Schließung des Standorts in Unterschleißheim tatsächlich sozialverträglich geschieht und keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen;
2. darzustellen, wie die Airbus-Standorte in Bayern gestärkt werden können;
3. darauf hinzuwirken, dass auch für die nicht zur Airbus Group gehörenden Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern weiterhin positive Rahmenbedingungen bestehen; diese – teilweise mittelständischen – Unternehmen, die über hervorragende Technologien und Fähigkeiten verfügen und in den letzten Jahren für Wachstum in dieser Branche gesorgt haben, gilt es zu begleiten und politisch zu unterstützen;

4. sich dafür einzusetzen, dass die Aktivitäten wie am Ludwig Bölkow Campus in Ottobrunn weiterhin unterstützt werden und somit die Standorte Ottobrunn und Manching gestärkt werden;
5. aufzuzeigen und auf Grundlage der bayerischen Luftfahrtstrategie zu berichten, wie langfristig die Kompetenzen der Luftfahrtindustrie, insbesondere die Systemfähigkeit, in Bayern erhalten und gestärkt werden können und wie Bayern vom prognostizierten globalen Umsatzwachstum der Luftfahrtindustrie profitieren kann; zur mittel- und langfristigen Sicherstellung der Systemfähigkeit und damit verbundenen Arbeitsplätze in Bayern ist es insbesondere erforderlich, bei der Bundesregierung und auf Europäischer Ebene das unbemannnte Fliegen stärker zu fördern;
6. sich dafür einzusetzen, dass der Radarcbereich von Airbus Defence and Space in Unterschleißheim nach Ottobrunn verlagert wird, um insbesondere auch die Kompetenz beim System COBRA – Counter Battery Radar (Artillerieortungsradar) in Bayern zu erhalten;
7. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Kompetenzen beim Bau von Trägern für den Raumtransport, die in den letzten 25 Jahren im Ariane-Programm unter Beteiligung bayerischer Unternehmen entstanden sind, für die Zukunft erhalten und weiterentwickelt werden. Bei der ESA Ministerkonferenz im Dezember dieses Jahres stehen wesentliche Entscheidungen über die Weiterentwicklung der europäischen Ariane-Programme an.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung sind die Listennummern 43, 45 und 46 ausgenommen, die einzeln beraten werden sollen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 2)**Es bedeuten:**

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. April 2014 (Vf. 7-VII-14) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 214 A „Hotel und Kongresszentrum/Akademie auf dem ehemaligen Gießereigelände“ der Stadt Ingolstadt vom 9. Juli 2012
PII/G-1310.14-0007
Drs. 17/2087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
-----	-----	--------------	-----

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Höhere Fördergelder für den kommunalen Schulbau
Drs. 17/537, 17/1960 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
-----	-----	--------------	-----

 ENTH

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Residenzpflicht in Bayern erst nach Einbeziehung der kommunalen
Spitzenverbände umsetzen
Drs. 17/543, 17/2130 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller,
Inge Aures u.a. SPD
Frauenquote in Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern
Drs. 17/631, 17/2129 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„Garagenstellplatzverordnung“ nachbessern
Drs. 17/755, 17/2139 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag zur Aufklärung über das zukünftige Gänsemanagement in Bayern
Drs. 17/776, 17/2104 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kirchenasyle müssen unantastbar bleiben!
Drs. 17/825, 17/2131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwertung der landwirtschaftlichen Ausbildung – Sachkundenachweis abschaffen
Drs. 17/870, 17/2140 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen

9. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
G8-Gipfel 2015
Drs. 17/904, 17/2091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Praxistaugliche Ausgestaltung der Agrarumweltprogramme:
Gewässerrandstreifen
Drs. 17/924, 17/2105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzept gegen das „Wirtschaftssterben“
Drs. 17/1021, 17/2001 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzieller Ausgleich von kommunalen Biberschäden
Drs. 17/1022, 17/2145 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moderne Dieselloks auf der Bahnstrecke Immenstadt – Oberstdorf
Drs. 17/1023, 17/2002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umweltbundesamt bremsen – „gute fachliche Praxis“ erhalten
Drs. 17/1024, 17/2146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner u.a. CSU
Vorbereitung des Gipfels der Gruppe der Acht (G8) 2015
Drs. 17/1027, 17/2092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versammlungsfreiheit G8-Gipfel 2015
Drs. 17/1040, 17/2093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
KULAP 2014 – 2020: Herdenschutzmaßnahmen
Drs. 17/1042, 17/2106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
KULAP 2014 – 2020: Extensive Nutzung von artenreichen Wiesen
Drs. 17/1044, 17/2107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vertragsnaturschutzprogramm 2014 – 2020: Anlage von Wiesenbrachestreifen Drs. 17/1045, 17/2147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Schluss mit Sonntagsreden – Gentechnikfreies Bayern vorantreiben Teil I: Keine gentechnisch veränderten Organismen auf landeseigenen Flächen! Drs. 17/1051, 17/2148 (A) [X]

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Schluss mit Sonntagsreden - Gentechnikfreies Bayern vorantreiben Teil II: Verbot des Einbringens von GVO in Schutzgebieten Drs. 17/1053, 17/2149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Bericht zur geplanten Änderung der EU-Ökoverordnung Drs. 17/1054, 17/2141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt u.a. SPD
Kennzeichnung von Eiern in verarbeiteten Produkten
Drs. 17/1055, 17/2150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Problemfall ADAC – Konsequenzen für Bayern
Drs. 17/1056, 17/2003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Futtertrocknung im Rahmen des Aktionsprogramms „Heimische
Eiweißfuttermittel“ unterstützen
Drs. 17/1075, 17/2142 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Peter Winter, Karl Freller, Hans Herold u.a. CSU
Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern bei der Besetzung von
staatlichen Aufsichtsratsmandaten sowie Vorstands- und
Geschäftsführerpositionen bei Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern
Drs. 17/1078, 17/2125 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schutz der bäuerlichen Tierhalter vor überzogenen Auflagen – Keine
Verschärfung der NEC-Richtlinie im Bereich der Ammoniak- und
Methanemissionen für Deutschland
Drs. 17/1098, 17/2108 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Digitale Spaltung Bayerns endlich beenden – konkrete Informationen zu geplanten
Vereinfachungen der Breitbandförderrichtlinie dem Landtag zur Verfügung stellen
Drs. 17/1100, 17/2004 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. und Fraktion (SPD)
Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg endlich anpacken
Drs. 17/1103, 17/2005 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Elektrifizierung der Bahnstrecke Regensburg – Hof voranbringen
Drs. 17/1114, 17/2006 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Peter Winter, Judith Gerlach, Berthold Rüth u.a. CSU
Voraussetzungen für Fluglärmreduzierung durch neues Verfahren „Steeper Approach“ schaffen
Drs. 17/1177, 17/2008 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Die Zukunft von „Smart Grid“ in Bayern
Drs. 17/1185, 17/2007 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Martin Güll, Margit Wild u.a. SPD
Schulversuch islamischer Unterricht in deutscher Sprache
Drs. 17/1186, 17/2135 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer,
Martin Schöffel u.a. CSU
Interessen der bayerischen Landwirtschaft bei der Fortschreibung der
NEC-Richtlinie wahren
Drs. 17/1221, 17/2109 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über den Projektstand bei der Neufahrner Kurve
Drs. 17/1230, 17/2009 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reform der Straßenfinanzierung – Straßenrettungsschirm für den Substanzerhalt
Drs. 17/1274, 17/2010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur „Zukunft des Gymnasiums in Bayern“
Drs. 17/1435, 17/2023 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume u.a. und Fraktion (CSU)
Kompetenzen der heimischen Luft- und Raumfahrt langfristig erhalten und stärken
Drs. 17/1436, 17/2011 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Luft- und Raumfahrt als strategische Schlüsselindustrie und Zukunftsbranche in Bayern nachhaltig sichern
Drs. 17/1469, 17/2012 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

40. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Hans Herold u.a. CSU
Umsetzung der EU-Forststrategie mitgestalten, die nachhaltige und multifunktionale Forstwirtschaft stärken
Drs. 17/1504, 17/2143 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Verzicht auf zusätzliche Rahmenstandards
Drs. 17/1515, 17/2152 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Martin Schöffel, Hans Herold u.a. CSU
Umstrukturierungshilfen für Grünfuttertrocknungen
Drs. 17/1522, 17/2144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Keine Grundschulen in Bayern schließen Standortgarantie auf die nicht selbständigen Grundschulen ausweiten
Drs. 17/1523, 17/2024 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

44. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU
Gymnasium in Bayern
Drs. 17/1532, 17/2022 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bestandsgarantie muss für alle Grundschulstandorte gelten!
Drs. 17/1577, 17/2027 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

46. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
„Schule im Dorf“:
Modellprojekte zur Erhaltung kleiner Grundschulen im ländlichen Raum zulassen
Drs. 17/1604, 17/2026 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

47. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über geplante Nachbesserungen beim Katastrophenschutz von Kernkraftwerken
Drs. 17/1464, 17/2021 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Markus Rinderspacher, Horst Arnold u.a. SPD
Zivilmilitärische Zusammenarbeit
Drs. 17/1974, 17/2122 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl u.a. SPD
Berichtsantrag zu den Vorgängen um das Fürstenfeldbrucker Lichtspielhaus und den Aussagen des Vorsitzenden des Landesdenkmalrats
Drs. 17/1748, 17/2066

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

50. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm ergänzen: Heumilch Drs. 17/685, 17/2102 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Joachim Unterländer u.a. CSU Kostenübernahme der Schülerbeförderung zu außerbayerischen Schulen in Härtefällen ermöglichen Drs. 17/1209, 17/2025 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>